

301/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Kürzung der finanziellen Mittel in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Der Bundesminister für Finanzen hat im Gegensatz zur bisher gängigen Praxis - im Finanzjahr 1999 von der Ermächtigung zu einer Überschreitung von insgesamt 100 Millionen Schilling für die bilaterale Entwicklungshilfe keinen Gebrauch gemacht. Durch diese Nichtauszahlung werden nicht nur vertraglich vereinbarte Projekte und die Existenz der Nichtregierungsorganisationen gefährdet, sondern auch das Ansehen Österreichs als verlässlicher Partner der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZA).

Die zusätzlich vom Finanzminister vorgeschlagenen Kürzungen der Ermessensausgaben für das Jahr 2000 in Höhe von 20% werden dazu führen, daß die Leistungen der österreichischen EZA auf ein noch nie dagewesenes Minimum von 600 Millionen öS reduziert werden. Laut Bericht der ÖFSE¹ war bereits 1998 die öffentliche EZA auf einen historischen Tiefstand von 0,22 Prozent gemessen am Bruttosozialprodukt gefallen - und das bei Anwendung wohlwollender Berechnungsmethoden. Durch die angekündigten Kürzungen würde sie auf ein international skandalöses Niveau von 0,18% sinken.

Bedenkt man, daß Österreich bei den Mitteln für die EZA EU - weit bereits jetzt an vorletzter Stelle rangiert, würden wir durch die oben angeführten Kürzungen zum Schlußlicht in der Europäischen Union. Österreich wurde bereits mehrmals von der OECD wegen der geringen Mittel, die für die Projekte und Programme zur Verfügung stehen sowie wegen der gängigen Meldepraxis kritisiert. Eine weitere Kürzung der Mittel im gestaltbaren Bereich der Programm- und Projektarbeit würde diese Kritik zwangsläufig noch verschärfen

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Was werden Sie unternehmen, um einen derart dramatischen Einbruch in der bilateralen EZA und die existenzielle Gefährdung der Durchführungs - NROs (Nicht - Regierungsorganisationen) zu verhindern?

¹ österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE): Österreichische Entwicklungspolitik 1999

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine vorübergehende Umschichtung der budgetären Mittel vom Bereich der multilateralen auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit? Welche Anstrengungen haben Sie diesbezüglich unternommen bzw. werden Sie unternehmen? Warum - betreffen derartige Einsparungen ausschließlich die bilaterale EZA, also den gestaltbaren Bereich der EZA?
3. Was werden Sie unternehmen, damit die gesetzlichen Voraussetzungen für eine längerfristige finanzgesetzliche Absicherung des bilateralen EZA - Volumens geschaffen werden? Wurden bereits Gespräche mit dem Finanzminister geführt und was war das Ergebnis?
4. Inwiefern werden Sie für eine verbindliche, sektorbezogene, mittelfristige Finanzplanung sorgen? Wieviel Geld steht in den nächsten drei Jahren für jeden Sektor pro Schwerpunkt - und Kooperations-Land zur Verfügung? Welcher Prozentsatz des bilateralen EZA - Budgets soll dauerhaft für NROs reserviert werden?
5. Sollten sich Kürzungen nicht vermeiden lassen: wo konkret werden Sie Kürzungen vornehmen bzw. definitiv nicht vornehmen?
6. Wie hoch war bisher
 - der Gesamtaufwand für die vom BMAA finanzierten Koordinationsbüros, der Aufwand pro Koordinationsbüro und Jahr, einschließlich des gesamten Personals (österreichisches, internationales und lokales) und aller laufenden Kosten, auch jener für Neuprojektentwicklung (u.a. durch Erarbeitung von Ausschreibungsunterlagen, Konsulentenkosten für Partneridentifikation etc.)
 - der Aufwand, der für solche Büros nicht nur über EZA - Mittel, sondern auch über die des diplomatischen Dienstes getätigt wird
 - der Aufwand für andere Expertenentsendungen und Beratungsleistungen des BMAA, die ebenfalls der Projektkoordination dienen, aber nicht direkt den Koordinationsbüros zugerechnet werden?
 - Wird es auch in diesem Bereich Kürzungen geben? Wenn ja, in welcher Höhe und wenn nein, warum nicht?